

„Brauchen die Austritts-Option“



Sind Kredite für Griechenland so sinnvoll, wie Eulen nach Athen zu tragen? Der griechische Euro legt es nahe.

Kreis Steinfurt - **Mit dem Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper aus Lotte sprach Kreis-Korrespondent Achim Giersberg über Griechenland und die Euro-Krise.**

Muss eigentlich das EU-Parlament den Griechenland-Hilfen zustimmen?

Pieper: Nein. Über die aktuelle Griechenland-Hilfe verhandeln nur die Staatsregierungen der Euro-Zone, die EU-Kommission und der Internationale Währungsfonds (IWF). In Deutschland müssen Bundestag und Bundesrat den Entscheidungen zustimmen. Das Europäische Parlament ist jedoch bei der Erweiterung der Euro-Zone gefragt. Leider hat 2001 das Votum der CDU/CSU-Gruppe gegen den Euro-Beitritt Griechenlands keine Mehrheit gefunden.

Wie würden Sie abstimmen?

Pieper: Wir müssen uns den Realitäten stellen. Ein Nein würde unmittelbar in den griechischen Staatsbankrott führen. Das wäre das Abwürgen des Reformprozesses in Griechenland, ein Risiko für den Euro und ein Rückschritt für Europa. Betroffen wären dann gerade auch deutsche Banken, die mit etwa 30 Milliarden beteiligt wären. Deshalb haben ja fast alle Parteien im Bundestag signalisiert, ein Hilfspaket zu unterstützen. Ich würde, wie auch die CDU in Berlin, allerdings nur unter allerstrengsten Auflagen zustimmen. Ohne ein Sanierungsprogramm, das radikal Ausgaben kürzt und für flächendeckende Steuereinnahmen sorgt, wird Berlin keinen Cent locker machen. Der griechische Haushalt muss de facto unter EU-Kontrolle gestellt werden.

Teilen Sie die Befürchtung, dass Griechenland für den deutschen Steuerzahler zum Fass ohne Boden wird? Um welche Summen geht es für Deutschland?

Pieper: Bei einem Gesamtpaket von 45 Milliarden Euro (davon 15 Milliarden IWF) wäre Deutschland mit einer Kreditzusage der KfW-Bankengruppe von 8,4 Milliarden Euro dabei. Es müssen - so meine Forderung - auch die in Griechenland engagierten deutschen Banken daran einen Anteil leisten. Übrigens geht es um Kredite, die sogar mit kleiner Gewinnmarge zurückkommen - es geht nicht um Subventionen! Dennoch ist schon eine Kreditzusage für fremdes Verschulden extrem ärgerlich. Jetzt - wo die Reformen in Griechenland erste Erfolge zeigen - wäre es aber kontraproduktiv, das Land sich allein zu überlassen. Wenn die Reformen wirklich greifen, ist es auch kein Fass ohne Boden.

Reichen die Sparanstrengungen Griechenlands schon aus oder muss da noch mehr kommen?

Pieper: Wäre es nach SPD-Chef Gabriel gegangen, wären Euros ohne wirkliche Auflagen nach Athen getragen worden. Schon im Februar gab es ja die Forderung der linken Parteivorsitzenden in der EU, man solle „unverzüglich europäisch“ helfen. Die von Kanzlerin Merkel erzwungene Einbeziehung des IWF ist jetzt sehr wichtig, da so strengere Maßstäbe angelegt werden können. Erhöhung des Rentenalters, Abschaffung zusätzlicher Monatsgehälter, Abschaffung staatlicher Agenturen - schade, dass man den Griechen das alles vorschreiben muss. Aber das ist bei weitem nicht genug Wasser im griechischen Wein. Erst wenn eine breite Steuerveranlagung sichergestellt und die alltägliche Korruption wirksam bekämpft ist, ist dieser Reformprozess unumkehrbar.

Teilen sie die Forderungen aus der CSU (und von anderen), Griechenland solle die Euro-Gemeinschaft verlassen?

Pieper: Das kann ein übernächster Schritt sein, den wir vorbereiten müssen. Die europäischen Verträge sollten geändert werden - leider ein langwieriger Prozess. Ein Austritt aus dem Euro-Raum erfordert ein kalkulierbares Modell mit einer Lösung für die Schuldenbedienung. Griechenland könnte mit einer abgewerteten Landeswährung ja die Schulden in der teuren Euro-Währung nicht mehr zahlen. Für solchen Fälle könnte die neue Bankenabgabe vorbereiten. Denn die Banken, die ja zurzeit durch griechische Staatsanleihen kräftig verdienen, könnten so für die Risiken, die sie eingehen, tatsächlich auch eintreten müssen. Mittelfristig brauchen wir eine Euro-Austrittsoption. Denn Portugal und Irland haben auch große Probleme.

Wie groß ist der Schaden für Europa insgesamt? Was ist die Konsequenz?

Pieper: Es ist bislang vor allem der Imageschaden. „Ihr haltet Euch nicht an eure eigenen Kriterien“. Deshalb ist es so wichtig, dass Griechenland jetzt mitmacht und dass europäische Haushaltskontrolleure nach Athen geschickt werden. Ansonsten kann hier ein Dominoeffekt entstehen, der einer zweiten Finanzkrise gleichkäme. Das Gute auch an der Griechenlandkrise: ein „Weiter so“ in der Erweiterung der Euro-Zone und auch in der Ausdehnung der EU wird es nicht geben. Dafür ist endlich die notwendige Sensibilität auch bei den anderen Parteien vorhanden. Jetzt ist in Europa politische Konsolidierung angesagt.

28 · 04 · 10

WERBUNG

In Not: Kriegsflüchtlinge

Spenden Sie für Flüchtlinge dem
Irak - Spenden Sie online

www.uno-fluechtlingshilfe.de

Google-Anzeigen (gemeinnützig)

URL: http://www.westfaelische-nachrichten.de/lokales/kreis_steinfurt/kreis_steinfurt/1311140_und_bdquoBrauchen_die_Austritts_Option_und_ldquo.html

© Westfälische Nachrichten - Alle Rechte vorbehalten 2010